

11.40

**Bundesrat Mag. Michael Lindner** (SPÖ, Oberösterreich): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen und vor allem auch liebe ZuseherInnen im Saal und außerhalb des Saals! Die Bedeutung und das Gewicht der Beschlüsse von Paris sind schon mehrmals betont worden, und ich muss gestehen, recht viele Superlative sind mir auch nicht mehr eingefallen, deswegen lasse ich das auch. Nur so viel: Es nehmen 178 Staaten daran teil, sie haben Beiträge zur Reduktion der Emissionen zu leisten, und die Beiträge werden sukzessive ambitionierter.

Die bisher vorgelegten Beiträge werden aber nicht ausreichen, um das Zwei-Grad-Ziel wirklich global erreichen zu können. Ich denke, uns allen ist noch gar nicht so klar, dass es eigentlich eine grundlegende und gesellschaftsverändernde Umwelt- und Klimarevolution brauchen wird. Wenn wir die Ergebnisse von Paris und die Auswirkungen des Klimawandels wirklich ernst nehmen, dann muss uns klar sein, dass sie alle unsere Lebensbereiche erfassen und umfassen und vor allem verändern werden müssen. Unsere Mobilität, der Verkehr – massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs, auch in ländlichen Regionen –, die Raumordnung, das Bauen und Wohnen – vor allem das Heizen und die Energieeffizienz – werden sich verändern. Aber auch unsere Wirtschaft, die Industrie und unsere Arbeitsplätze werden sich verändern.

Daher war es meiner Meinung nach wichtig und richtig, dass wir mit einer breiten Enquete im Parlament gestartet haben, mit vielen namhaften Expertinnen und Experten und vor allem auch mit der Zivilgesellschaft. In diesem Prozess braucht es, denke ich, eine Bewegung mit der Einbindung aller gesellschaftlicher Gruppen. Da sind naturgemäß einige ungeduldiger als andere, das ist verständlich. Auch wenn uns die Umweltereignisse eigentlich überrollen, so brauchen wir, denke ich, trotzdem einen gemeinsamen Prozess, um den gesellschaftlichen Konsens herzustellen, denn den haben wir, auch wenn es in Reden sehr oft betont wird, noch nicht.

Dazu brauchen wir uns nur den parlamentarischen Diskussionsprozess anzuschauen. Die FPÖ hat im Nationalrat gesagt, sie können Paris nicht ratifizieren, solange nicht klar ist, wie man das Ziel erreicht, also so unter dem Motto, dass nicht das Ziel das Ziel ist, sondern der Weg. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ, so viel Gemächlichkeit können wir uns leider nicht mehr leisten! Da kommt mir schon manchmal das Geisterfahrerbeispiel in den Sinn: Der Geisterfahrer wundert sich auch, wieso manche so falsch unterwegs sind und auf ihn zukommen. Vielleicht ist es aber

manchmal besser, kurz stehen zu bleiben und zu überlegen, ob man nicht selbst auf der falschen Seite unterwegs ist. *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und Grünen.)*

Als Maßstab, liebe KollegInnen von der FPÖ, nehme ich einfach die Bereiche her, wo Sie als FPÖ Verantwortung tragen. In Oberösterreich sind Sie seit einem Dreivierteljahr für den öffentlichen Verkehr zuständig, und außer einer Straßenbahneröffnung, die der SPÖ-Landesrat noch terminisiert hat, ist da bisher noch nicht viel weitergegangen. Beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs verzögert die FPÖ, beauftragt die x-te Systemstudie und geht fertige Projekte, wie die so wichtige RegioTram in unserem Mühlviertel, einfach nicht an. Diese Doppelzüngigkeit muss ich Ihnen in dieser Diskussion schon vorwerfen. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP sowie des Bundesrates Stögmüller. – Zwischenruf der Bundesrätin Ecker.)*

Als EU-28 verursachen wir nur mehr 10 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen. Klar ist, und das haben wir gehört, dass USA, China und Indien für beinahe 50 Prozent verantwortlich sind. Das darf aber nicht heißen, dass wir uns einfach zurücklehnen können. Es ist wichtig, gemeinsam wirklich gründlich und auf breiter Ebene die integrierte Klima- und Energiestrategie zu erarbeiten, und da sind wir alle auch als Parlamentsfraktionen gefordert, denn Handlungsfelder gibt es auch bei uns genügend, die meisten wurden auch schon angesprochen.

Ein Punkt ist mir selbst noch wichtig: Entscheidend ist neben der Energieerzeugung doch auch, dass wir unseren Energieverbrauch gemeinsam senken – auch bei uns persönlich. Es kommt mir schon ein bisschen absurd vor, wenn Kühlschränke und andere Geräte immer effektiver werden, wir aber mit dem Tablet und dem Handy alle drei Stunden zur Steckdose laufen. Da haben wir, denke ich, auch selbst noch einiges zu tun.

Die Rahmenbedingungen für eine engagierte Klimapolitik sind alles andere als einfach. Freier Kapitalverkehr und freier Warenverkehr erzeugen natürlich eine Debatte der Wettbewerbsfähigkeit. Natürlich hat auch die Industrie recht, wenn sie sagt, das funktioniert erst, wenn sich alle daran halten müssen, weil es sonst den Wettbewerb verzerrt. Auch die Voest kann nicht wettbewerbsfähig bleiben und Jobs in Österreich schaffen, wenn sie Klimazusatzbelastungen hat, die sie woanders nicht hätte. Eigentlich müsste man über CO<sub>2</sub>-basierte Zölle reden, aber die werden in der Marktwirtschaft dann wahrscheinlich auf die EndverbraucherInnen abgewälzt. Das erzeugt natürlich auch soziale Spannungen, und Klimapolitik muss meiner Meinung nach sozial verträglich sein, sonst wird sie nicht dauerhaft funktionieren.

Ich denke, die Energiewende braucht es auf allen Ebenen, auf Bundesebene, auf Länderebene und vor allem auch in den Kommunen. Lassen Sie mich noch kurz meine Region, den Bezirk Freistadt, hervorheben: Wir haben dort seit zehn Jahren den Energiebezirk Freistadt, einen eigenen Gemeindeverein, der sich mit Klima- und Energiefragen beschäftigt. Es gibt kommunale Energiegruppen zur Bewusstseinsbildung. Es gibt Energieberatung für kommunale Bauten, und besonders stolz sind wir darauf, dass wir mit Helios eines der größten kommunalen PV-Kraftwerke in Österreich haben. Es sind über 230 Anlagen mit 35 000 Quadratmetern errichtet worden, das bedeutet eine Energieversorgung für 1 500 Haushalte. Wir bauen E-Tankstellen in jeder Gemeinde. Es wird ein Forschungsprojekt geben, und das ist das Spannendste, wie wir diese PV-Energie regional auch mit der Power-to-Gas-Technologie speichern können.

Es ist ein Wunsch an den Herrn Bundesminister, dass diese regionalen Initiativen noch viel stärker gefördert werden, weil diese kleinen Projekte gegenüber den großen Energieversorgern leider sehr oft im Nachteil sind. Eigentlich haben sie aber Vorzeigecharakter. Da müssen wir innovativer und schneller werden, denn das kann auch ein Wachstums- und Innovationsturbo in Österreich werden. – Herzlichen Dank.  
*(Beifall bei der SPÖ und bei Bundesräten der ÖVP.)*

11.46

**Vizepräsidentin Ingrid Winkler:** Als Nächster ist Herr Bundesrat Meißl zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.